

Guantánamo: Ein Jahrzehnt von Menschenrechtsverletzungen

Wir beschlossen, ein Gefangenlager auf einer Marinebasis an der Südspitze Kubas zu errichten

George W. Bush, Memoiren (2010)

Kaum zwei Monate lagen zwischen der Aufforderung des damaligen US-Präsidenten George W. Bush an seinen Verteidigungsminister, einen „geeigneten Ort“ für die Inhaftierung von ausländischen Staatsangehörigen zu finden, die im Rahmen des sogenannten „Kriegs gegen den Terror“ festgenommen wurden, und dem Eintreffen der ersten 20 Häftlinge, die wie menschliche Fracht am 11. Januar 2002 auf den US-Marinestützpunkt Guantánamo Bay auf Kuba gebracht wurden. Ein Jahrzehnt später hat man den Eindruck, dass das illegale Gefangenlager förmlich im Handumdrehen ins Leben gerufen wurde.

Seine Schließung dagegen dauert deutlich länger. Hat es nur sieben Wochen gedauert, das Lager zu errichten, so beteuern die US-Behörden nun seit nahezu sieben Jahren, dass sie an der Schließung von Guantánamo arbeiten.

In seinen Memoiren verteidigt der ehemalige US-Präsident Bush seine Entscheidung zum Einrichten der Haftanstalt in Guantánamo. Gleichzeitig betont er, dass er zu Anfang seiner zweiten Legislaturperiode im Januar 2005 erkannt habe, dass die Inhaftierungen sich zu einem „Propagandawerkzeug für unsere Feinde und einer Irritation für unsere Verbündeten“ entwickelt habe. Seinen Angaben zufolge versuchte er daraufhin, „einen Weg zu finden, das Gefangenlager zu schließen“. Falls tatsächlich von Präsident Bush oder seiner Regierung nach 2005 Versuche zur Schließung Guantánamos unternommen wurden, sind diese kläglich gescheitert. Am Ende seiner Amtszeit, am 20. Januar 2009, befanden sich noch immer etwa 245 Gefangene in Guantánamo.

Zwei Tage später verpflichtete der neu gewählte Präsident Barack Obama seine Regierung zur „umgehenden“ Schließung des Gefangenlagers Guantánamo, die spätestens zum 22. Januar 2010 erfolgen sollte. Dies, so sagte er, sei sowohl im außen- und sicherheitspolitischen Interesse der USA als auch im „Interesse der Gerechtigkeit“. Zu einem späteren Zeitpunkt sagte Obama, dass Guantánamo „ein Symbol“ geworden sei, „das al-Qaida dabei geholfen hat, Terroristen für ihre Sache zu rekrutieren“. Die US-Wählerschaft, so sagte er, hat zu einer neuen Vorgehensweise aufgerufen, „welche die Schließung des Gefangenlagers in Guantánamo Bay als dringend notwendig erachtet“.

Wenn dem so ist, dann hat die Wählerschaft nicht das bekommen, wonach sie verlangt hat. Heute gibt es immer noch mehr als 150 Gefangene in Guantánamo. Das Land, dem es gelang, den ersten Menschen auf den Mond zu befördern, ist offensichtlich nicht in der Lage, eine Haftanstalt zu schließen, die von zwei US-Präsidenten als ernsthafte Schädigung für das Land bezeichnet wurde. So kompliziert kann es doch gar nicht sein. Wo liegt das Problem?

Die unmittelbarste Begründung ist das Scheitern der Regierung, entschlossen zu handeln, um das Versprechen von Präsident Obama vom Januar 2009, d. h. die Schließung des Gefangenlagers, durchzusetzen. Stattdessen geriet die Angelegenheit in eine innenpolitische Sackgasse, da sich der US-Kongress gegen die Schließung aussprach und die Regierung bisher nicht willens oder fähig war, einen Ausweg zu finden. Amnesty International ist jedoch der Ansicht, dass die Ursprünge des Problems viel weiter zurückreichen und auf den langjährigen Widerwillen der USA zurückzuführen sind, die internationalen Menschenrechtsnormen, deren Einhaltung das Land oftmals von anderen erwartet, auf sich selbst anzuwenden. Diese Doppelmoral der USA gegenüber dem Völkerrecht war bereits lange vor der Bush-Regierung deutlich geworden. Doch in seiner Amtszeit wurde sie durch die regierungspolitische Reaktion auf die Anschläge vom 11. September 2001 noch zementiert. Dazu zählt



auch die Entscheidung, die Politik zur Terrorismusbekämpfung vor dem Hintergrund eines globalen „Krieges“ zu rechtfertigen und somit die Anwendbarkeit internationaler Menschenrechtsnormen vollkommen abzulehnen. Das Gefangenenlager Guantánamo ist lediglich eine, dafür aber wohl die bekannteste und symbolträchtigste Folge dieser Theorie eines globalen Krieges, die sich im amerikanischen Gemeinwesen immer weiter ausbreitet und die Achtung der Menschenrechte aushöhlt – sowohl in den USA als auch weltweit.

Zwei Wochen vor der Ankunft der ersten Gefangenen in Guantánamo versicherte das US-Justizministerium dem Pentagon, dass die Inhaftierung von *enemy aliens* („feindlichen Ausländern“) auf kubanischem Territorium diese aller Wahrscheinlichkeit nach von den US-Bundesgerichten fernhalten würde. In diesem Zusammenhang gibt es einen Aspekt, der oft übersehen wird: Gleichzeitig wurde nämlich die Warnung ausgesprochen, dass bei einer gerichtlichen Überprüfung der Inhaftierungen ein Verstoß gegen den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (IPbPR), den die USA im Jahr 1992 ratifizierten, festgestellt werden könnte. Diese flüchtige Anerkennung internationaler Menschenrechtsnormen ist in zweierlei Weise beachtenswert: zum einen, weil dies sonst nicht oft vorkam, und zum anderen, weil damit implizit zugegeben wurde, dass die Inhaftierungen dem IPbPR unterliegen könnten. Denn bereits vor dieser Aussage des Justizministeriums vertraten die USA die Ansicht, die Schutzfunktion des IPbPR finde auf Gefangene in US-Gewahrsam, die außerhalb des Festlandes der USA festgehalten werden, keine Anwendung. Die USA halten nach wie vor an dieser Sichtweise fest, obwohl der UN-Menschenrechtsausschuss der US-Regierung wiederholt und unmissverständlich deutlich gemacht hat, dass der Pakt auch auf Personen, die sich außerhalb des amerikanischen Festlandes in US-Gewahrsam befinden, Anwendung findet, und dass die Verpflichtungen des Landes in Kriegszeiten nicht einfach verschwinden. Der UN-Menschenrechtsausschuss wurde im Zuge des IPbPR gegründet und hat die Aufgabe, die Umsetzung der im Pakt beschlossenen Normen zu überwachen.

Der IPbPR verbietet unter anderem Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, willkürliche Inhaftierungen (und damit auch geheime Haft und Verschwindenlassen), unfaire Gerichtsverfahren und Diskriminierung bei der Anwendung der Menschenrechte. Zudem sieht der Pakt den Zugang zu Rechtsmitteln für Opfer von Menschenrechtsverletzungen vor. Es wird also deutlich, warum das US-Justizministerium eine Warnung im Bezug auf Guantánamo und den IPbPR aussprach, besonders da die USA auf internationaler Ebene stets die Wichtigkeit des Paktes betonen. So bezeichnete die Bush-Regierung den IPbPR vor den Vereinten Nationen als „das wichtigste menschenrechtliche Instrument seit der UN-Charta und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, da er eine Vielzahl von Schutzfunktionen für Menschenrechte beinhaltet.“ Jedoch scheint er nicht wichtig genug zu sein, als dass die USA diese Schutzfunktionen bei ihren eigenen Gefangenen des „Kriegs gegen den Terror“ anerkennen würden.

Verstöße gegen den IPbPR und andere Menschenrechtsabkommen sind in Guantánamo die Norm geworden. Die Gefangenen mussten Folter und andere Misshandlungen erleiden, entweder in der Haftanstalt oder noch bevor sie dort angekommen waren. Verlängerte Haft ohne Kontakt zur Außenwelt und möglicherweise Verschwindenlassen haben sowohl in Guantánamo als auch in anderen Haftanstalten der USA stattgefunden. Viele Jahre lang wurde den Guantánamo-Häftlingen ihr Recht auf einen Richterentscheid über die Rechtmäßigkeit ihrer Inhaftierung verweigert. Die wenigen Gefangenen, die während der Bush-Regierung unter Anklage gestellt wurden, wurden nicht vor ein ordentliches US-Gericht gestellt; stattdessen richtete die Regierung für solche Fälle ein Ad-hoc-System von Militärkommissionen ein, die den internationalen Standards für faire Gerichtsverfahren bei Weitem nicht gerecht wurden.

Manch einer mag sich fragen, ob das nicht eine alte Geschichte ist. Die Zeit von Verhören auf Guantánamo ist doch zu Ende, oder? Und wurde nicht dem Verbot der Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung auf Anordnung des Präsidenten neue Bedeutung verliehen? Das System der Militärkommissionen wurden seit 2001 dreimal überarbeitet, und die



Militärkommissionen haben sich doch sicherlich verbessert. Und seit 2008 haben die Gefangenen das Recht auf Haftprüfungen. Damit verwarf der Oberste Gerichtshof der USA die Ansicht der Bush-Regierung, dass ausländische Staatsangehörige in Guantánamo kein Recht darauf haben sollten, die Rechtmäßigkeit ihrer Inhaftierung vor einem US-Bundesgericht anzufechten. Sind Begriffe wie „ungesetzlicher feindlicher Kombattant“ oder „Krieg gegen den Terror“ in der aktuellen Regierung nicht verpönt und ist „beispiellose“ Transparenz nicht eines ihrer höchsten Prioritäten? Also warum sieht Amnesty International Guantánamo nach 10 Jahren immer noch als ein menschenrechtliches Problem an?

Die Antwort ist, dass die Guantánamo-Inhaftierungen als Teil umfassenderer Maßnahmen und Praktiken weiterhin die Achtung der Menschenrechte auf internationaler Ebene ernsthaft schädigen. Während das Thema Guantánamo mittlerweile aus den Schlagzeilen verschwunden sein mag, ist die damit verbundene Menschenrechtsproblematik immer noch so aktuell wie eh und je. Dies versucht der vorliegende Bericht deutlich zu machen.

Die USA haben von Anfang an bestritten, dass die internationalen Menschenrechtsnormen auf die Gefangenen in Guantánamo Anwendung finden. Unmittelbar vor dem 11. Januar 2012, Tag 3.653 des berüchtigten Gefangenenlagers, sind die USA immer noch nicht in der Lage, die Inhaftierungen in einem menschenrechtskonformen Rahmen zu handhaben. Das lange verkündete Ziel, Guantánamo zu schließen, wird weiterhin unerreichbar bleiben – oder wird nur durch eine ‚Umsiedlung‘ der Menschenrechtsverletzungen möglich sein –, wenn die US-Regierung (alle drei Gewalten) nicht umgehend damit beginnt, ihre internationalen menschenrechtlichen Verpflichtungen auch auf Guantánamo auszuweiten.

Die Obama-Regierung ließ verkünden, dass Guantánamo weiterhin der nationalen Sicherheit schade und sie aus diesem Grund an den Bemühungen zur Schließung festhalte. Zu der Erkenntnis, dass Guantánamo den internationalen menschenrechtlichen Prinzipien schadet, ist die Regierung – zumindest öffentlich – bislang noch nicht gelangt. Vor diesem Hintergrund besteht der Schaden nicht darin, dass Inhaftierungen in Guantánamo Bay stattfinden, sondern in der tieferliegenden Überzeugung der US-Regierung, Gefangene auf unbestimmte Zeit ohne Anklage oder Strafprozess festzuhalten (manchmal sogar, nachdem sie von einer Militärkommission freigesprochen wurden) – egal wo. Dieser Schaden besteht also so lange, wie die Maßnahmen und Praktiken, für die Guantánamo steht, Anwendung finden. Das ständige Versprechen zur Schließung von Guantánamo ist nicht mehr glaubhaft, und die Nichterfüllung dieses Versprechens führte dazu, dass der innenpolitische Diskurs von einer Politik der Angst überschattet wurde. Dadurch hat sich die Wahrscheinlichkeit der Anerkennung von Menschenrechtsprinzipien seitens der USA noch weiter verringert und gleichzeitig die Wahrscheinlichkeit verstärkt, dass der künftige US-Präsident ausdrücklich entscheidet, das Gefangenenlager auf unbestimmte Zeit in Betrieb zu halten. Mindestens vier republikanische Nachfolgekandidaten von Präsident Obama sagten in Fernsehdebatten im November 2011, dass sie das Gefangenenlager erhalten würden, falls sie zum Präsidenten gewählt werden.

Das Unvermögen der Regierung, die Inhaftierungen aufzuklären und Verantwortlichkeit sowie Entschädigungen für Misshandlungen zu gewährleisten, gab auch denjenigen, die an der Entstehung von Guantánamo beteiligt waren, die Möglichkeit, ihre vermeintliche moralische Überlegenheit zur Schau zu stellen. In ihren Memoiren von 2011 erinnert sich Condoleezza Rice, die Nationale Sicherheitsberaterin zu Zeiten der Konzipierung von Guantánamo, dass es unter den MinisterInnen des Nationalen Sicherheitsrats „keinen Dissens“ bei der Entscheidung zur Errichtung des Gefangenenlagers gegeben habe. Der ehemalige Verteidigungsminister Donald Rumsfeld seinerseits betonte, Präsident Obama hätte mit dem Versprechen der Schließung von Guantánamo einen „weit verbreiteten Irrglauben bedient“. Das Unvermögen der Regierung, „eine praktische Alternative“ zu finden, sei ein Zeichen dafür, dass „George W. Bush und seine Regierung bei den meisten wichtigen Belangen, die unsere Feinde angehen, richtig gehandelt haben“. Dick Cheney, der ehemalige Vizepräsident, bekräftigt in seinen Memoiren: „Es ist nicht Guantánamo, das den Schaden anrichtet, es sind vielmehr seine



Kritiker“, und fügt hinzu: „Es ist erfreulich festzustellen, dass sich für Präsident Obama die ‚dringende Notwendigkeit‘ einer Schließung von Guantánamo zur Notwendigkeit des Offenhaltens der Einrichtung gewandelt hat“.

Vor einem Jahr erklärte Präsident Obama seine Erfolglosigkeit bei der Schließung von Guantánamo innerhalb der ursprünglichen Einjahresfrist mit „schwierigen“ politischen Sensibilitäten in Bezug auf „ein Thema, das eine Menge politischer Rhetorik erzeugt“ und die Menschen „ängstlich“ gemacht hat. Sieben Monate später gab sein Justizminister Kongressmitgliedern die Schuld für die Kehrtwende der Regierung im Fall eines Prozesses von fünf Gefangenen, die in Verbindung mit den Anschlägen des 11. Septembers angeklagt waren. 18 Monate zuvor hatte Obama angekündigt, dass die Häftlinge vor ein US-Bundesgericht gestellt werden würden; nun erklärte er, dass ihr Prozess doch vor einer Militärkommission stattfinden werde.

Nach völkerrechtlichen Bestimmungen kann man sich nicht auf nationale Gesetze und politische Beschlüsse berufen, um sich für die Nichteinhaltung von Vertragsbestimmungen zu rechtfertigen. Es ist völlig unzureichend, wenn die eine Regierungsgewalt der anderen die Schuld an den Menschenrechtsverletzungen eines Landes gibt. Das Völkerrecht verlangt Lösungen, keine Entschuldigungen. Aktuell teilen die USA der Welt in etwa mit: „Wir werden uns mit den Guantánamo-Inhaftierungen dann befassen, wenn das innenpolitische Klima es zulässt“. Doch zeigen sich die USA gleichzeitig nicht bereit, solche Entschuldigungen von anderen Regierungen zu akzeptieren, die systemische Menschenrechtsverletzungen zu rechtfertigen versuchen. Somit darf es auch nicht akzeptiert werden, wenn die USA dies selbst tun.

Die Obama-Regierung toleriert die zugrundeliegenden Annahmen, die seit zehn Jahren militärische Inhaftierungen in Guantánamo ohne fairen Strafprozess erlauben – dass die USA in einen globalen, tiefgreifenden und unbefristeten „Krieg“ verwickelt seien und dass in diesem „Krieg“ Menschenrechte schlicht und einfach nicht existieren und der Präsident (und manchmal der Kongress) allein die Regeln bestimmen. Dies hat dazu geführt, dass das Prinzip außergerichtlicher Hinrichtungen und sogar deren erweiterter Akzeptanz und der pauschale Verweis auf Staatsgeheimnisse sowohl die öffentliche Kritik an Regierungshandlungen als auch jegliche Möglichkeiten zur Entschädigung für Opfer von Menschenrechtsverletzungen unmöglich machen.



Schlussfolgerung – Ein Jahrzehnt und mehr (auf Kosten der Menschenrechte)

Als ich die Schließung von Guantánamo anordnete, wusste ich, dass es schwierig und kompliziert wird. Wir beseitigen etwas, das schlicht und einfach ein Schlamassel ist – ein fehlgeleitetes Experiment.

US-Präsident Barack Obama im Mai 2009

Im Jahr 2002 bezeichnete ein hochrangiger Armeeeingehöriger Guantánamo als „America's Battle Lab“ im globalen „Krieg gegen den Terror“, als Experimentierfeld für neue Methoden und Erlangung von Informationen, und beschrieb es als „förderliche Quelle zur Informationsbeschaffung durch Ausnutzung der Verletzlichkeit von Gefangenen“.

Zwei Kommandanten, die für die Inhaftierungen zuständig waren, übernahmen den Ausdruck „Battle Lab“. Es waren diejenigen, die die Genehmigung beantragten oder selbst erteilten, Verhörmethoden einzuführen, die gegen das Verbot von Folter und anderen Misshandlungen verstießen. Im Jahr 2008 gelangte der Streitkräfteausschuss des Senats (*Senate Armed Services Committee*) zu dem Schluss, dass Verhörmethoden, die in Guantánamo Anwendung fanden, auch in Afghanistan und im Irak eingeführt worden waren und dort zur Misshandlung von Gefangenen dienten.

Heute finden nahezu keine Verhöre mehr in Guantánamo statt. Die letzte Gefangenenüberstellungen nach Guantánamo fand im März 2008 statt und liegt damit bereits vier Jahre zurück. Das Gefangenenlager ist heute eher ein Ort für unbefristete Inhaftierungen und gelegentliche Prozesse vor Militärkommissionen als ein Ort für Informationsbeschaffung. Ursprünglich diente Guantánamo als strategische Verhöreinrichtung, doch mittlerweile hat sich Guantánamo zum Spielball politischer Interessen entwickelt, wobei alle Aussichten auf eine menschenrechtliche Handhabung der Inhaftierungen in weite Ferne gerückt sind. Drei Jahre nachdem Obama eine Verordnung zur Schließung Guantánamos unterzeichnet hat, ermutigte das Scheitern seiner Regierung, dieses Versprechen umzusetzen, seine potentiellen Nachfolger, Wahlversprechen zum Erhalt und sogar zur Erweiterung des Gefangenenlagers zu machen.

Obwohl die Obama-Regierung einen Schlussstrich unter das CIA-Geheimprogramm für Langzeitinhaftierungen und den Einsatz von „erweiterten“ Verhörmethoden ziehen wollte, gelingt dies nicht, da das begangene Unrecht des Programms immer noch nachwirkt. Zum einen sollten die US-Behörden die Verantwortlichen, die im Rahmen des CIA-Programms Verbrechen gegen das Völkerrecht begangen haben, ausfindig machen und vor Gericht stellen. Zum anderen sollten die Behörden bestätigen, ob Guantánamo als geheimes Gefängnis der CIA („black site“) für besonders wichtige Gefangene („high value“ detainees) diente. Vier der 14 Männer, die am 4. September 2006 aus geheimen CIA-Gefangeneinrichtungen nach Guantánamo überstellt wurden, sagten, dass sie in den Jahren 2003 bis 2004 über unterschiedlich lange Zeiträume – zwischen einer Woche und einem Jahr – in Guantánamo gefangen gehalten worden waren. Die mutmaßlichen Verstöße gegen das Völkerrecht in Guantánamo wurden jedoch nicht allein von der CIA begangen. Für Folter und andere Misshandlungen, die an Mohamed al-Qahtani und Mohamedou Slahi in Guantánamo in den Jahren 2002 und 2003 begangen wurden, sind beispielsweise Militäranghörige verantwortlich, die ebenfalls nicht zur Rechenschaft gezogen wurden. Ein ehemaliger FBI-Verhörbeamter hat vor kurzem einen neuen Fall von geheimer Inhaftierung in dem Gefangenenlager aufgedeckt. Er schrieb, dass im Jahr 2004 Abdul Aziz al-Matrafi, ein saudi-arabischer Staatsbürger, den man von Februar 2002 bis Ende 2007 in Guantánamo gefangen hielt, von einer „Militärsondereinheit in einer *black site* verhört“ wurde. Daraus geht jedoch nicht hervor, ob man den Gefangenen aus Guantánamo wegbrachte oder in einen Geheimtrakt innerhalb des Gefangenenlagers gefangen hielt. Letzteres geschah vermutlich mit Mohamedou Slahi.



Die Entscheidung der Bush-Regierung, ein Gefangenenlager für Verdächtige des „Kriegs gegen den Terror“ in Guantánamo aufzubauen, erfolgte aufgrund seines Bestrebens, die Gefangenen von ordentlichen Gerichten und den Rechtsschutz, den diese Gerichte bieten, fernzuhalten. So erfolgte wohl auch die Einrichtung von „black sites“ der CIA außerhalb der USA aus ähnlichen Gründen. Dadurch dass Gefangene sich nicht auf „amerikanischem Boden“ befanden, konnten aggressive Verhörmethoden, langfristige Inhaftierungen ohne Kontakt zur Außenwelt und Isolationshaft angewandt werden. Herausgefordert durch verschiedene Rechtsmittelverfahren wurden die Justizbehörden zwar langsam aktiv, doch der Schaden, der am Strafrechtssystem durch Guantánamo angerichtet wurde, und das von den USA etablierte Inhaftierungssystem sind eher ein fester Bestandteil der US-amerikanischen Rechts- und Politiklandschaft geworden, ohne dass Schritte unternommen werden, dem entgegenzusteuern.

Die Nutzung von Guantánamo als „black site“ der CIA endete, so glaubt man, Ende April 2004, kurz nach den mündlichen Verhandlungen vor dem Obersten US-Gerichtshof im Fall *Rasul gegen Bush*. Dem folgte zwei Monate später ein Gerichtsentcheid, welcher die US-Bundesgerichte ermächtigte, Haftprüfungsanträge der Guantánamo-Häftlinge zu bearbeiten. Nachdem der Oberste US-Gerichtshof im Juni 2006 im Fall *Hamdan gegen Rumsfeld* entschieden hatte, dass Artikel 3 der Genfer Konventionen Anwendung auf die US-Inhaftierungen im „Krieg gegen den Terror“ findet, entwickelte sich Guantánamo zum wesentlichen Bestandteil der Bemühungen der Bush-Regierung, das Geheimprogramm der CIA zu schützen und das damit verbundene System der Straflosigkeit zu stärken. Zwei Tage, nachdem die Regierung 14 Gefangene des CIA-Geheimprogramms nach Guantánamo verlegt hatte, nutzte Bush in einer Rede am 6. September 2006 diese Fälle, um den Weg für das Gesetz über Militärkommissionen (Military Commissions Act – MCA) zu bereiten. In der angespannten Stimmung vor den anstehenden Wahlen gelang es dem Kongress nicht, sicherzustellen, dass die USA ihren menschenrechtlichen Verpflichtungen im Hinblick auf Inhaftierungen, die Prozesse und Rechenschaftslegung nachkommen. Mit dem Gesetz über Militärkommissionen wurde das Gesetz gegen Kriegsverbrechen aus dem Jahr 1996 (War on Crimes Act) novelliert. Die in der Entscheidung *Hamdan gegen Rumsfeld* für unzulässig erklärten Militärkommissionen wurden wieder eingesetzt, und den Bundesgerichten sollte durch dieses Gesetz die Zuständigkeit für Haftprüfungsanträge der Guantánamo-Häftlinge und anderen, die als „feindliche Kombattanten“ eingestuft wurden, wieder entzogen werden. Am 17. Oktober 2006 unterzeichnete Präsident Bush das Gesetz über Militärkommissionen und betonte, dieses erlaube „der CIA, ihr Programm zur Befragung von führenden Terroristen weiterzuführen“ und der Regierung, „gefangene Terroristen, die Kriegsverbrechen begangen haben, einem umfangreichen und fairen Prozess auszusetzen.“

Es dauerte weitere zwei Jahre, bis der Fall *Boumediene gegen Bush* an das Oberste US-Gericht gelangte. Dieses urteilte, dass Guantánamo-Häftlinge das Recht haben, die Rechtmäßigkeit ihrer Inhaftierung von einem Richter überprüfen zu lassen. Bis diese Entscheidung jedoch getroffen wurde, hatte das globale „Kriegs“-Paradigma auch in weiten Teilen der Bundesjustizbehörden Wurzeln geschlagen. Heutzutage bedeutet eine „schnelle“ Anhörung von Haftprüfungen für die Guantánamo-Häftlinge, dass sie einige Jahre nach ihrer Inhaftierung erfolgt und wahrscheinlich sogar Jahre nach der Entscheidung im Fall *Boumediene*. Zudem werden gerichtliche Anordnung an die Regierung, eine rechtswidrig als Gefangene gehaltene Person freizulassen, immer mehr als „Bitte“ verstanden.

In den gesamten zehn Jahren der Inhaftierungen in Guantánamo wurde nur ein einziger Gefangener in die USA überstellt, um dort vor ein ordentliches US-Bundesgericht gestellt zu werden. Unter den Häftlingen die sich heute noch in Guantánamo befinden, müssen einige im Zusammenhang mit den Anschlägen vom 11. September 2001 zur Verantwortung gezogen werden. Dies soll jedoch vor einem ordentlichen Gericht und in einem fairen Verfahren erfolgen. Aus Respekt vor den Opfern der Anschläge hätten die Personen schon vor langer Zeit angeklagt und entsprechend internationalen Standards für faire Verfahren vor Gericht gestellt werden müssen. Doch gegenwärtig werden diejenigen, die der Beteiligung an den Anschlägen und anderer schwerer Straftaten beschuldigt werden, in Guantánamo



vor Militärkommissionen gestellt, deren Verfahren den internationalen Standards für faire Prozesse nicht gerecht werden.

Einen Monat vor dem 10. Jahrestag der Guantánamo-Inhaftierungen bezeichneten zwei pensionierte US-Marine-Generäle die Einrichtung als ein „moralisch und finanziell kostspieliges Symbol für die Misshandlung von Gefangenen“. Aber Guantánamo ist nicht nur ein Symbol vergangener Misshandlungen, sondern ein anhaltender Verstoß der USA gegen menschenrechtliche Prinzipien. Vor über zwei Jahren sagte Präsident Obama, Guantánamo sei ein „fehlgeleitetes Experiment“. Dennoch hält seine Regierung dieses Experiment am Leben. Im Jahr 2009 verkündete Justizminister Eric Holder, Präsident Obama und er seien sich einig, dass „Guantánamo einen Zeitabschnitt und eine Haltung verkörpert, die wir hinter uns lassen möchten.“ Wie lange muss die Welt noch warten, bis die USA Schritte in Richtung einer Zukunft ohne Guantánamo unternimmt und einen Weg findet, bei der Bekämpfung des Terrorismus internationale Menschenrechtsverpflichtungen einzuhalten?

Der vollständige Bericht (Englisch, 64 Seiten) kann hier abgerufen werden:

<http://www.amnesty.org/en/library/info/AMR51/103/2011/en>

